

Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **102 (2022)**

Heft 1096

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

MARKT UND MONETEN

ÖKONOMISCHE KOSTEN DES KRIEGES



Krieg verursacht unglaubliches menschliches Leid, das nur jene ermessen können, die direkt betroffen sind. Die ökonomischen Kosten des Kriegs verblassen angesichts dieses Schmerzes. Es sind aber genau diese Kosten, welche über die Dauer des Kriegs,

über die Dauer der Folgen des Kriegs und über die Lebensqualität der Überlebenden während Generationen mitentscheiden.

Im Moment ziehen sich westliche Firmen aus Russland zurück und überlassen ihre Betriebe zu Spottpreisen einheimischen Käufern. Dieser Vermögenstransfer vom Westen auf Russland ist riesig und verlängert den Krieg gegen die Ukraine.

Der hoffentlich bald anstehende Wiederaufbau der Ukraine wird weitere ökonomische Kosten offenbaren. Dabei geht es nicht nur um die Häuser, die verminten Strassen und Wege. Es geht nicht nur um die zerbombten Spitäler, Wohnhäuser, Kindergärten und Schulen, die den Wiederaufbau behindern werden. Es geht nicht nur um die zerbombten Fabriken und Maschinen, die nicht wieder hergestellt werden können. Und es geht nicht nur um die Kirchen, Museen und Opernhäuser, welche die Weitergabe der ukrainischen Kultur erschweren werden.

Es geht vor allem um das grosse und umfassende informelle Wissen und die Beziehungen einer ganzen Gesellschaft: Wie sollen Firmen wieder aufgebaut werden, wenn möglicherweise die Unternehmerfamilie fliehen musste? Wie sollen die gestörten oder zerstörten Ausbildungswege instand gestellt werden, wenn die Lehrer fehlen? Wie sollen Lieferketten funktionieren, wenn der Kopf der Logistik im Krieg gefallen ist? Und wie werden die Lieferantenbeziehungen unterhalten, wenn die Produktionsprozesse wegen Inflation, Güternappheit oder fehlender Leute von Grund auf neu gestaltet werden müssen?

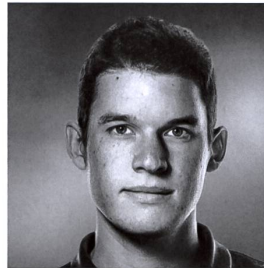
In dieser Lage voller Herausforderungen werden die getöteten, geflohenen und verletzten Leute schmerzlich fehlen. Es ist offensichtlich, dass einem freien Markt mit neuen Unternehmern bei der Bewältigung der grossen Aufgaben eine herausragende Bedeutung zukommen wird.

Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

NANNY-STAAT AUF FENDANT



Mach mehr Sport! Rauch nicht! Trink weniger Alkohol! Täglich grüsst uns die Werbung, die uns zum gesunden und guten Leben erziehen soll, von den Plakatsäulen und aus den Zeitungen. Natürlich gesponsert vom Bund, der dafür rund 6,5 Millionen Fran-

ken pro Jahr bezahlt. Der Bund ist schliesslich um unser Wohlbefinden besorgt.

Derselbe Bund subventioniert allerdings gleichzeitig Werbung für Wein, Fleisch oder Käse. Gemäss dem jüngsten Agrarbericht gibt er pro Jahr über 65 Millionen Franken für «Qualitäts- und Absatzförderung» für landwirtschaftliche Produkte aus. Auch hier hat er nur das Beste im Sinn: Die heimische Industrie muss gefördert werden, Arbeitsplätze gilt es zu erhalten. Der Staat, der uns mit einer Hand vor den bösen Kalorien und gesättigten Fetten schützt, verfüttert uns mit der anderen potentiell gesundheitsschädigende Genussprodukte. Die Message lautet: Kaufen Sie mehr Fleisch – essen Sie aber nicht zu viel davon! Und bevor es vergessen geht: Werfen Sie auf keinen Fall Lebensmittel weg! In der Erziehungspsychologie spricht man von paradoxen Handlungsaufforderungen.

Der Grund für die schizophrene Subventionitis liegt darin, dass sowohl die Präventionslobby wie auch die Winzer, die Milchwirtschaft und die Fleischindustrie im Wettbewerb um staatlichen Zustupf mitmischen. Sie sind besser organisiert als die Lobby der Steuerzahler, welche die Subventionen finanzieren. Und weil der Bund offensichtlich genug Geld für Subventionen übrighat, bekommen alle etwas: die Präventionsindustrie den Fünfer, die Weizenproduzenten das Weggli.

Dass die Ziele der verschiedenen Subventionen einander widersprechen, scheint dabei niemanden zu stören. Der Nanny-Staat auf Fendant kümmert sich nicht um die Widersprüche seiner Politik.

Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.